

Mündliche Frage von Herrn Strougmayr an Herrn Minister Paasch zur Aufrechterhaltungsnorm der Gemeindeschule Espeler

Behandelt in der Plenarsitzung vom 15. Dezember 2008

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Frage von Herrn Strougmayr an Herrn Minister Paasch zur Aufrechterhaltungsnorm der Gemeindeschule Espeler. Herr Strougmayr hat das Wort.

HERR STROUGMAYER (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 1. September 2008 verfügte die Schule in Espeler nicht über die notwendige Anzahl Schüler, um die Aufrechterhaltungsnorm zu erfüllen. Sie hätte demzufolge am 30. September 2008 geschlossen werden müssen. Bekanntlich war dieser Schule bereits im Schuljahr 2007-2008 eine Gnadenfrist zugestanden worden.

Kurz vor dem Stichtag teilte die Gemeinde dann der Öffentlichkeit mit, dass es in Espeler im Laufe des Monats September zu einem unerwarteten und nicht vorhersehbaren Bevölkerungszuwachs gekommen sei und das fehlende Kind für das Erreichen der Aufrechterhaltungsnorm gefunden werden konnte.

In der Zwischenzeit sind offenkundig im Ministerium Hinweise eingegangen, dass diesem Bevölkerungszuwachs womöglich ein fiktiver Wohnsitzwechsel zugrunde liegen könnte. Diesen Hinweisen zufolge sei ein Wohnsitzwechsel nicht, wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben, in der festen Absicht erfolgt, den familiären Lebensmittelpunkt in Espeler einzurichten, sondern um der Schule kurzfristig zu helfen, die vom Gesetz vorgeschriebene Aufrechterhaltungsnorm zu erreichen.

Der Minister bestätigte seinerzeit, dass solche Hinweise tatsächlich im Ministerium eingegangen seien, wollte diese aber inhaltlich nicht kommentieren. Sie, Herr Minister, haben damals lediglich angekündigt, ihren Pflichten entsprechend diese zum Teil in schriftlicher Form vorliegenden Hinweise an die zuständigen Kontrollinstanzen weiterzuleiten.

Mittlerweile hat sich auch der Gemeinderat von Burg-Reuland damit befasst. Das Gemeindegremium von Burg-Reuland hat bei dieser Gelegenheit klargestellt, dass diese Hinweise jeder Grundlage entbehrten und dass es auf dem Gebiet der Gemeinde Burg-Reuland zu keinem fiktiven Wohnsitzwechsel gekommen sei. Folglich sei besagter Wohnsitzwechsel in Espeler mit der festen Absicht vollzogen worden, den Lebensmittelpunkt dauerhaft dort einzurichten. Der Bürgermeister von Burg-Reuland kündigte zudem an, dass diese Angelegenheit ein juristisches Nachspiel haben könnte. Für wen, sagte er damals nicht. Daher meine Frage: Gibt es in dieser Angelegenheit mittlerweile neue Erkenntnisse?

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass unsere Aufrechterhaltungsnormen für Primarschulen seinerzeit einstimmig im Parlament beschlossen wurden und zu den günstigsten in ganz Europa gehören. Dennoch hat die Primarschule von Espeler weder im Schuljahr 2007-2008 noch zu Beginn des Schuljahres 2008-2009 diese Aufrechterhaltungsnorm von 12 Schülern erfüllt. Sie hätte in der Tat, Kollege Strougmayr, geschlossen werden müssen, wenn es in Espeler nicht kurz vor dem 30. September zu einem, wie Sie gesagt haben, unerwarteten Bevölkerungszuwachs gekommen wäre.

Sie haben auch recht, Kollege Strougmayr, dass im Ministerium Beschwerden aus der Bevölkerung eingegangen sind, wonach es vor diesem Hintergrund in Espeler zu einem fiktiven Wohnsitzwechsel

gekommen sein könnte. Tatsächlich sind uns bereits im Laufe des Monats September, also noch vor besagtem Wohnsitzwechsel, Gerüchte zugetragen worden, dass es in Espeler zu einem fiktiven Wohnsitzwechsel kommen könnte, um die Schule zu retten. Über diese Gerüchte hat die Regierung den Bürgermeister und auch den Schulschöffen der zuständigen Gemeinde Burg-Reuland seinerzeit mehrfach und vor Zeugen informiert.

Sie können sich deshalb vorstellen, Kollege Strougmayr, wie überrascht wir alle waren, als wir einige Wochen später, am 30. September 2008, also am Stichtag selbst, aus der Presse die Ankündigung des Schulschöffen erfahren haben, in Espeler habe kurz vor dem Stichtag tatsächlich ein unerwarteter Wohnsitzwechsel stattgefunden; die Schule habe in buchstäblich letzter Sekunde gerettet werden können.

Die Überraschung war bei uns sehr groß, und auf meine damalige Nachfrage hin bestätigte mir sowohl der Bürgermeister als auch der Schulschöffe von Burg-Reuland, sie hätten diesen Wohnsitzwechsel tatsächlich amtlich beglaubigt, weil ihm, wie vom Gesetz vorgeschrieben, die feste Absicht zugrunde liege, den familiären Lebensmittelpunkt dauerhaft in Espeler einzurichten. Es handele sich also, so sagte damals der Bürgermeister, tatsächlich um einen zwar völlig unerwarteten, völlig überraschenden und auch glücklichen, aber in jedem Fall realen und dauerhaften, amtlich und polizeilich überprüften Bevölkerungszuwachs.

Wie Sie richtig feststellen, Kollege Strougmayr, sind danach weitere, diesmal auch schriftliche und namentlich unterschriebene Hinweise im Ministerium eingegangen, der Wohnsitzwechsel werde nur von kurzer und nicht von langer Dauer sein und habe ausschließlich mit der Aufrechterhaltungsnorm und dem Stichtag vom 30. September zu tun. Diese Hinweise haben wir natürlich pflichtgemäß an die zuständigen Kontrollinstanzen weitergeleitet.

Was ist nun seitdem geschehen? Ich muss Ihnen mitteilen, dass die Staatsanwaltschaft Eupen die Regierung am 30. Oktober 2008 schriftlich und offiziell darüber informiert hat, dass sie in dieser Angelegenheit ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Außerdem hat das Ministerium in der Zwischenzeit vor Ort, in Espeler, eine Inspektion aller Schulregister der letzten Jahre durchgeführt. Aber aufgrund der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft möchte ich auf die Einzelheiten dieses Berichts zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingehen.

Eines darf ich jedoch vorwegnehmen, weil es zweifelsfrei und aktenkundig feststeht: Der Bevölkerungszuwachs in Espeler war tatsächlich nur von äußerst kurzer Dauer. Bereits wenige Wochen nach dem Stichtag vom 30. September, und zwar am 4. November, wurde besagter Wohnsitzwechsel offiziell wieder rückgängig gemacht. Wäre nicht der 30. September, sondern der 4. November der Stichtag für die Aufrechterhaltungsnorm, dann hätte die Schule in Espeler geschlossen werden müssen.

Es mag sein, Kollege Strougmayr, dass das Gemeindegremium von Burg-Reuland behauptet hat, alle von der Gemeinde beglaubigten Wohnsitzwechsel seien in der festen Absicht vollzogen worden, den Lebensmittelpunkt dauerhaft auf dem Gebiet der Gemeinde einzurichten. Fest steht jedenfalls, dass der Wohnsitzwechsel in Espeler nur etwas mehr als einen Monat gedauert hat, nämlich vom 25. September bis zum 4. November 2008. Es mag auch sein, dass der Bürgermeister von Burg-Reuland in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung gesagt hat, diese Geschichte könne ein gerichtliches Nachspiel haben. Damit mag er sogar recht haben. Für wen, das wird allerdings vom Ausgang des Ermittlungsverfahrens abhängen. Sollte dabei nämlich ein Gesetzesverstoß festgestellt werden, wird die Regierung das Ganze jedenfalls nicht auf sich beruhen lassen, weil wir nicht hinnehmen können und nicht hinnehmen werden, dass in unserer Gemeinschaft Gesetze gebrochen werden.

Nur eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir mit Sicherheit nicht machen. Wir werden auf keinen Fall die Schule in Espeler mitten im Schuljahr schließen, weil das den Kindern gegenüber völlig unverantwortlich wäre und bei uns deshalb nicht zur Debatte steht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)

DER PRÄSIDENT.- Herr Strougmayr, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

HERR STROUGMAYER *(aus dem Saal)*.- Ich danke für die sehr ausführliche Antwort.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.